

Nëmme Mat Eis! asbl

3, place Sauerwies – L-2512 Luxembourg-Gasperich

web: www.nemmemateis.lu – email: info@nemmemateis.lu



Luxemburg, 06.06.2020

« Rumoren im Blannenheem » - nur die Spitze eines Eisbergs

„Ët rumouert am Blannenheem“ hieß es vor einigen Tagen in einigen nationalen Medien. Erstmals haben sich 30 Familien von Bewohnern zusammengetan um Missstände öffentlich zu machen. Es ging u.a. um die Behandlung der Bewohner, Besuchs- und Ausgangsrechte und noch mehr.

Um es klar zu sagen, es geht hier nicht um die vielen tausend Dienstangestellten, die in der Pflege, der Gebäudereinigung, den Küchen oder der Logistik arbeiten, die eigentlich nur das ausführen was ihnen aufgetragen wird. Der Applaus, der während der Corona Lockdownzeit an vielen Orten zu hören war, war ohne Zweifel angebracht. Vielmehr muss die Frage gestellt werden, welche systemischen Entscheidungen von oftmals nicht-Betroffenen in Chefetagen, Büros und ja – auch Ministerien getroffen werden.

Gustav Heinemann, dritter deutscher Bundespräsident, sagte mal "Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt". Doch als langjähriger Aktivist in vielen Vereinen und Gremien (darunter Nëmme Mat Eis, CET, usw.) muss ich feststellen, dass vieles nicht so recht in dieses Schema passt.

- Wie ist es möglich, dass gerade in den entscheidenden Gesetzestexten der Pflegeversicherung die heutige Menschenrechtslage (sprich die UN Behindertenrechtskonvention) noch immer nicht einmal als Randnotiz einen Platz findet, obwohl Nëmme Mat Eis in 2016 über Missstände in Wohn- und Pflegeeinrichtungen berichten konnte und die Regierung 2017 dafür von einem zuständigen Gremium der UNO in Genf gerügt wurde?
- Wie ist es zu verstehen, dass öffentliche Instanzen, wie das Zentrum für Gleichbehandlung (CET), welches den Status der Implementierung der UN Behindertenrechtskonvention erfassen soll und über allgemeine Diskriminierungen berichten soll, noch immer keine adäquaten Mittel bekommt, um ihre Arbeit tun zu können?
- Wie ist es eigentlich noch nachvollziehbar, dass in vielen Stiftungsräten wie einer Fondation Blannevereenegung, Kräizbiereg, usw. unter anderem Lokalpolitiker Platz nehmen und dafür mit Ehren bedacht werden (wir Betroffenen bleiben aussen vor), während in den Gemeinden in denen sie zuständig sind noch immer Infrastrukturen entstehen und weiter geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Personen mit Behinderung in Sachen Barrierefreiheit nicht entsprechen? Ich kann hier in Mersch mindestens drei Straßenübergänge erwähnen, auf denen es weder Leitlinien noch akustische Ampelsignale gibt, ja diese sogar durch nicht barrierefreie Installationen ersetzt wurden. Selbst Sensibilisierungskampagnen mit Betroffenen sind außerhalb der Städte Luxemburg, Esch-Alzette und Differdingen weiterhin eine Seltenheit.

Dies soll nicht über die Personalentscheidung und ihre Konsequenzen im Blannenheem hinwegtäuschen, aber die noch immer andauernde Coronakrise hat gezeigt, dass vieles möglich ist, wenn Entscheidungsträger dazu bereit und gewillt sind die dafür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und Mittel zu investieren.

FAZIT: Es kann und darf nicht sein, dass der am 11. Februar 2020 von Familienministerin Corinne Cahen vorgestellte Aktionsplan für Menschen mit Behinderung künftig zum Opfer der Nach-Coronazeit wird, während die gesamte Gesellschaft eben im Namen der Schwächsten zwei Monate Lockdown erduldet hat. Im Gegenteil, eine „Neustart“-Politik wie sie seit dem 20. Mai verkündet wird muss anerkennen, dass es gerade die Dienstleistungen an und für die Person sind, die unsere Wirtschaft am Leben halten und Arbeitsplätze langfristig sichern. Oder: Wie einst ein Wahlwerbeslogan besagte muss es auch hier heißen: „Mir paaken ët un!“

Patrick Hurst

Präsident von „Nëmmë Mat Eis!“